

Wir geben nachstehend nochmals die wesentlichen Bestimmungen hierfür bekannt. Anträge auf Gewährung einer Beihilfe wurden bisher aus unserer Gemeinde nicht gestellt.

1. Anträge auf Beihilfe können alle natürlichen Personen stellen. Die Anträge sind schriftlich beim Bürgermeisteramt des Wohnorts einzureichen.
2. Beihilfe wird gewährt für Sachschäden, die einen Betrag von DM 300,- überschreiten.
3. Die Beihilfe beträgt 40 % des 300,- DM überschreitenden Gesamtbetrags der Sachschäden.

Beispiel: die gesamten beihilfefähigen Sachschäden belaufen sich auf 1.200 DM

Abziehen sind 300 DM

Das ergibt einen beihilfefähigen Betrag von 900 DM die Beihilfe in Höhe von 40 % beträgt 360 DM.

4. Der Schadensberechnung werden die Kosten der Wiederherstellung des früheren Zustandes oder der Wiederbeschaffung zugrundegelegt.

5. Versicherte oder versicherbare Schäden und Schäden an Bargeld, Wertpapieren, Schmuck, Kunst- und Sammelgegenständen sind in die Schadensberechnung nicht einzubeziehen.

6. Die Beihilfen werden allen Geschädigten gewährt, deren versteuerbares Einkommen bei Alleinstehenden DM 24.000,-, bei Verheirateten DM 48.000,- im Jahr nicht übersteigt.

7. Der Festsetzung der Beihilfen sind einwandfreie Feststellungen über die Höhe der Schäden zugrunde zu legen. Zur Feststellung der Schäden sind sachverständige Personen heranzuziehen.

Hierzu ist noch zu bemerken, daß Schäden im gewerblichen Bereich (einschließlich Handwerk) und Schäden bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nicht unter diese Beihilfeak-

tion fallen. Schäden an Gebäuden (einschließlich Zubehör) werden durch die Württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt in Stuttgart als Elementarschaden entschädigt.

Alle hierfür in Frage kommenden Geschädigten werden gebeten, ihren Antrag auf Beihilfegewährung unter Verwendung des nachstehend abgedruckten Antragsformulars unbedingt in den nächsten Tagen zu stellen, weil von der Gemeinde der Gesamtbedarf vorab gemeldet werden muß.

Bebauungsplanänderung "Ost-Hülbe I und II"

Die vom Gemeinderat Schwieberdingen am 10.5.1978 beschlossene Satzung zur Änderung des Bebauungsplanes "Ost-Hülbe I und II", bestehend aus dem Lageplan des Vermessungsbüros Eugen Schüle, 7000 Stuttgart-Zuffenhausen vom 6.11.1974/18.12.1974/12.3.1975/8.7.1975 mit Deckblatt vom 21.12.1977 samt Textteil wurde vom Landratsamt Ludwigsburg mit Erlaß vom 27.6.1978 Nr. 21 - 612.21 gem. § 11 BBauG und gemäß § 111 LBO genehmigt.

In dieser genehmigten Bebauungsplanänderung sind Vorschriften, nach § 111 LBO enthalten. Die genehmigte Bebauungsplanänderung mit Begründung liegt gem. § 12 BBauG im Rathaus, Zimmer 14, während der Dienststunden aus und kann dort eingesehen werden.

Auf die Vorschriften des § 44 c Abs. 1 Satz 1 und 2 und Abs. 2 des Bundesbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976, BGBl. I S. 2256, über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diese Bebauungsplanänderung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen. Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes bei Zustandekommen der Bebauungsplanänderung, mit Ausnahme der Vorschriften über die Genehmigung und die Bekanntmachung, ist unbeachtlich, wenn die Verletzung der Ver-

bitte ausschneiden.

Antrag auf Gewährung einer Beihilfe zum entstandenen Hochwasserschaden

Name:

Anschrift:

Schadenstag:

Schadensort:

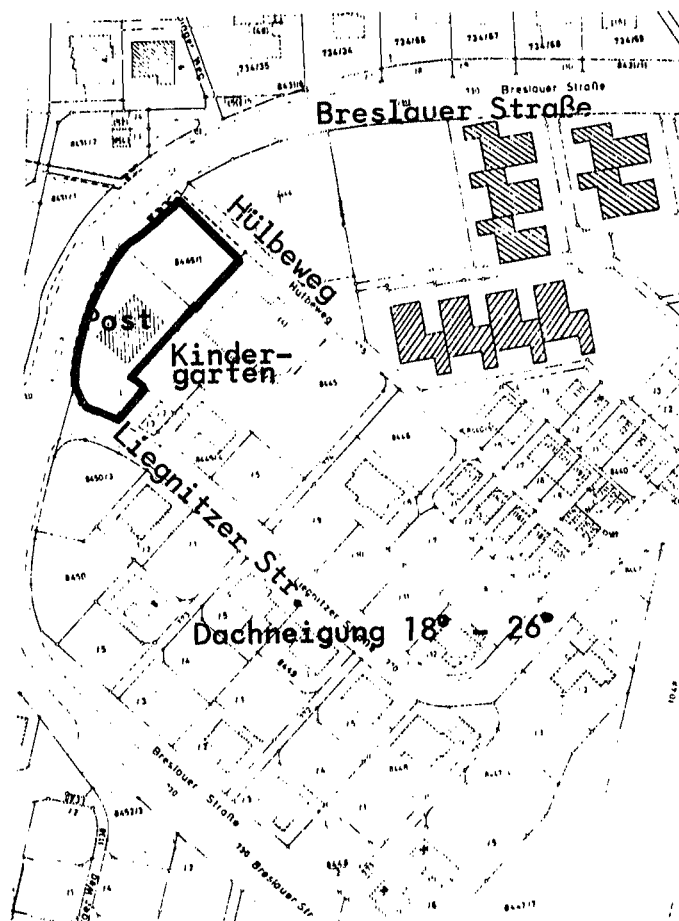
Höhe und Art des entstandenen Schadens:

Bestätigung von sachverständigen Personen, sofern diese Bestätigung wegen der Art des Schadens erforderlich ist:

Ich versichere, daß mein (unser) steuerpflichtiges Einkommen 24.000,- DM (48.000,- DM) nicht übersteigt.

Datum:

(Unterschrift)



fahrens- oder Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres seit dem Inkrafttreten der Bebauungsplanänderung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist.

Mit dieser Bekanntmachung wird diese Bebauungsplanänderung rechtsverbindlich.